

**9 Staatshilfen an Bedingungen knüpfen: Keine Bonuszahlungen und Gehaltsobergrenze für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WestLB sicherstellen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9718

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende SPD-Fraktion Frau Kollegin Walsken das Wort. Bitte sehr.

**Gisela Walsken** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! „Der Krieg um Talente ist wieder im vollen Gang“, sagt Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann und hält deshalb Prämienzahlungen für unerlässlich zum Anheuern von Top-Bankern.

Diese Haltung wird unterstützt vom Präsidenten des Bundesverbandes der privaten Banken, der sich heftig gegen gesetzliche Bonusobergrenzen wehrt und meint - ich zitiere wörtlich -:

Grundsätzlich ist es nicht Sache des Staates, was ein Unternehmen seinen Angestellten an Gehalt zahlt.

Meine Damen und Herren, wer diese Zeilen heute in der „WAZ“-Wirtschaftsspalte nachliest, glaubt zunächst, seinen Augen nicht zu trauen. Offensichtlich ist das Finanzkasino bereits längst stillschweigend wieder eröffnet.

Waren es nicht gerade jene Talente im Sinne von Herrn Ackermann, die vor fast genau einem Jahr Milliardenverluste erwirtschaftet und Vermögenswerte vernichtet haben? War es nicht der Staat, der mit Milliardenhilfen, zum Beispiel bei der Commerzbank, gerettet hat? Da waren es über 20 Milliarden €. Jetzt soll dem Staat verwehrt werden, Vorgaben zu formulieren, die das drastische Ausufern der Bankvorstandsgehälter begrenzen sollen?

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

Meine Damen und Herren, ein Staatsverständnis, das die Verluste der Bevölkerung überträgt und die Gewinne in die Taschen der Bankvorstände transportiert, ist mit Sozialdemokraten nicht zu machen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Ewald Groth [GRÜNE]: Mit Grünen auch nicht!)

Es ist einfach zynisch, wenn die führenden Vertreter der privaten Banken - ich sage: die selbst ernannten Wirtschaftseliten - die Verluste ihrer Misswirtschaft auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in unserem Land abwälzen. Ich bezweifle, ob man mit einem derartigen Staatsverständnis überhaupt eine Führungsaufgabe mit voller Verantwortung für die Gemeinschaft in einem Unternehmen wahrnehmen kann.

Meine Damen und Herren, wir möchten unsere Kritik aber nicht nur proklamatorisch hier in einem Antrag gegen die privaten Banken richten, sondern wir möchten aktiv dazu beitragen, dass im Umfeld unserer parlamentarischen Einflussmöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen derartige Haltungen nicht um sich greifen.

Weil das Land Nordrhein-Westfalen zu knapp 40 % selbst an einer Bank, nämlich der Westdeutschen Landesbank, beteiligt ist, ist es zwingend unsere parlamentarische Aufgabe, darauf einzuwirken, dass strenge Bedingungen formuliert werden müssen, wenn Staatshilfen geflossen sind. Das ist bei unserer Westdeutschen Landesbank der Fall. Für ausgelagerte Risikopapiere haben wir Eigentümer - das Land, ebenfalls die Landschaftsverbände, aber auch die Sparkassenverbände - eine Garantie von 5 Milliarden € übernommen, die nach derzeitigem Beratungsstand auf 9 Milliarden € aufgestockt werden soll. Mehr als 100 Millionen € sind aus dieser Garantie bereits für das Land kassenwirksam in Anspruch genommen worden. Dass die Bank im ersten Halbjahr ein positives Ergebnis vor Steuern erzielen konnte, ist Ergebnis genau dieser Auslagerung.

Vor wenigen Wochen sind die ersten Äußerungen des kommissarischen Vorstandsvorsitzenden der Bank bekannt geworden, für das Jahr 2009 - wohlgemerkt: 2009 - Zahlungen von Boni nicht auszuschließen.

Presseberichten zufolge haben die Vorstandsmitglieder zudem im Jahr 2008 bereits jeweils etwa 1 Million € Jahresgehalt im Durchschnitt erhalten.

Diese Fakten, meine Damen und Herren, veranlassen meine Fraktion, mit unserem vorliegenden Antrag strikte Bedingungen für den Vorstand der Westdeutschen Landesbank zu formulieren. Denn wir können den NRW-Bürgern nicht zumuten, für die Verluste der Bank geradezustehen, während verantwortliche Vorstände mit Millionengehältern aus der Krise hervorgehen.

Meine Damen und Herren, ein Bankvorstand, der bis Ende 2010 noch über 1.350 Mitarbeiter entlassen wird, muss auch selbst verzichten. Deshalb erwarte ich von Herrn Dr. Linssen als Vertreter des Landes im Aufsichtsrat der Westdeutschen Landesbank ganz persönlich, dass er sich wie Peer Steinbrück auf der Bundesebene im Sinne des Parlaments dafür einsetzt, klare Kriterien für Staatshilfeunternehmen zu formulieren.

Dazu gehört erstens, dass Organmitglieder - sprich: Vorstände - keine unangemessene Gesamtvergütung erhalten sollen, wobei als unangemessen das gilt, was die Summe von 500.000 € pro Jahr übersteigt.

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt**  
**Nicht zitierfähig!**

Zweitens. Wir wollen keine rechtlich gebundenen Abfindungen sehen, insbesondere keine Leistungen bei vorzeitiger Beendigung der Tätigkeit im Vorstand.

Drittens. Wir sind der Auffassung, dass keine Boni an Vorstände gezahlt werden sollen, solange die Westdeutsche Landesbank Garantien aus öffentlichen Kassen in Anspruch nimmt.

Meine Damen und Herren, das heißt nicht - das sage ich ausdrücklich -, dass wir grundsätzlich erfolgsorientierte Teile von Vergütungen auch im Bereich der Banken ablehnen, aber wir sind der Auffassung, dass, wer als Abgeordneter hier tätig ist - gleich welcher Partei - und seinen Wählern noch in die Augen schauen will, jetzt diese Forderungen mittragen muss.

Deshalb sind wir der Auffassung, meine Damen und Herren, dass es gut wäre, wenn wir diese Forderungen mit möglichst breiter Mehrheit gegenüber dem Vorstand der Westdeutschen Landesbank formulieren könnten.

Ich freue mich auf eine hoffentlich breite Mehrheit für unseren Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)